

Antrag der Fraktion der CDU

Bremen muss seine Anstrengungen zur Fachkräftesicherung und -entwicklung in sozialpädagogischen Berufen intensivieren!

Immer mehr Eltern in Bremen und Bremerhaven nehmen für ihr Kind ein Angebot aus dem Bereich der Kindertagespflege in Anspruch. Dies bietet einerseits die Möglichkeit, Familie und Beruf stärker miteinander zu vereinbaren und stellt für die Kinder eine wichtige Gelingensbedingung für den Start in ihre individuelle Bildungskarriere dar. Zweifellos hat die Politik – auf Bundesebene wie auch in Bremen – merkliche Anstrengungen unternommen, um diesen wachsenden Bedarf zu befriedigen. Beschriebene Entwicklung ist aber nach wie vor keinesfalls abgeschlossen, sodass sowohl in den zurückliegenden als auch im aktuellen Kindergartenjahr viele Bremer Eltern notgedrungen auf einen Betreuungsplatz verzichten mussten. So fehlten im Dezember 2019 alleine innerhalb der Stadtgemeinde Bremen rund 1 000 Kita-Plätze.

Die Gründe für das bestehende Platzdefizit liegen zum einen schlicht an mangelnder Infrastruktur, sprich am Vorhandensein von genügend Einrichtungen der Kindertagespflege. Quälend lange Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie daran anschließende Bauverzögerungen kamen bei der Realisierung von sehnlichst erwarteten Kita-Neubauten vielerorts hinzu und verschärften die Situation noch zusätzlich.

Von dem aber wohl auf lange Sicht weitaus größeren Problem bei der Bereitstellung einer auskömmlichen Anzahl von Kita-Plätzen, hat man abseits der Fachwelt lange Zeit augenscheinlich zu wenig Notiz genommen, der Sicherung und Entwicklung von Fachkräften. Kürzlich veröffentlichte Studien der Bertelsmann-Stiftung und des Deutschen Jugendinstituts, die 100 000 fehlende Erzieher beziehungsweise den Bedarf an 310 000 zusätzlichen pädagogischen Fachkräften bis zum Jahr 2025 ausweisen, haben dem Themenfeld jedoch zu einer breiteren öffentlichen Wahrnehmung verholfen, welcher es dringend bedarf.

Auch im Bundesland Bremen ist besagter Fachkräftemangel bereits merklich angekommen. So konnten beispielsweise neu errichtete Kitas erst mit deutlicher Verspätung oder unter Reduktion der Gruppen ihren Betrieb aufnehmen, da es an qualifiziertem Personal mangelt. Dies ist extrem bedauerlich, vor dem Hintergrund, dass Bremen die enorme Nachfrage nach Krippenplätzen, mit einer Bedarfsquote in einzelnen Stadtteilen von bis zu 60 Prozent, bereits im Jahr 2014 vom Deutschen Jugendinstitut prognostiziert bekam. Die hieraus notwendigen Schlussfolgerungen, auch in Bezug auf den naheliegenden Fachkräftebedarf, wurden in Bremen allerdings nicht gezogen.

Aber nicht nur im Bereich der Kindertagespflege wird dringend zusätzliches sozialpädagogisches Personal benötigt, will man die nachvollziehbaren Ziele in Bezug auf Verbesserung der Versorgungsquote und Steigerung der Betreuungsqualität erreichen. Der Bedarf zeigt sich mittlerweile zudem flächendeckend in allen Teilbereichen der Kinder- und Jugendhilfe. Auch der voranschreitende Ausbau der Ganztagsbeschulung in Bremen und Bremerhaven bringt es mit sich, dass die Tätigkeit von Erzieherinnen und Erziehern,

als wichtiger Bestandteil multiprofessioneller Teams, beispielsweise auch im schulischen Kontext zunehmend nachgefragt ist.

Die Notwendigkeit, die Anstrengungen zur Fachkräftesicherung und –entwicklung in sozialpädagogischen Berufen zu intensivieren, ist also zweifellos enorm. Zur Befriedigung werden singuläre Maßnahmen, die bis dato von der Politik richtigerweise auf den Weg gebracht wurden, wie beispielsweise der Ausbau an Kapazitäten der praxisintegrierten Erzieherausbildung (PIA) oder die Schaffung der Möglichkeit zur Ausbildung in Teilzeit, keinesfalls ausreichen.

Was Bremen und Bremerhaven daher nun benötigen, ist eine wirkliche Bestandsaufnahme der Ausgangslage, samt aller aktuell bestehender und prognostizierter Bedarfe sowie der bereits angelaufenen Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung von sozialpädagogischen Fachkräften. Auf Grundlage dieser zu generierenden Daten- und Faktenlage, ist ein strukturierter Prozess in Gang zu setzen, der zum Ziel hat, dem Fachkräftemangel effektiv und faktengeleitet entgegenwirken zu können.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. bis sechs Monate nach Beschlussfassung eine datenbasierte Bestandsaufnahme, Ist-Analyse, im Themenschwerpunkt „Fachkräftesicherung und –entwicklung in sozialpädagogischen Berufen“ jeweils für die Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven zu erstellen und der staatlichen Deputation für Kinder und Bildung vorzulegen. Alle öffentlichen und freien Träger, die regelhaft Fachkräfte aus den sozialpädagogischen Berufen beschäftigen, sind hierbei neben den verantwortlichen behördlichen Stellen einzubinden. Unter anderem zu nachfolgenden Fragekomplexen sollen Informationen gesammelt, zusammengeführt und ausgewertet werden:
 - a) Wie viele Personen sind aktuell bei den unterschiedlichen öffentlichen und freien Trägern und Einrichtungen in sozialpädagogischen Berufsfeldern tätig?
 - b) Wie ist die Altersstruktur dieser Beschäftigten, und wie viele von ihnen werden in den nächsten fünf Jahren regelhaft in Rente gehen?
 - c) Wie hoch sind die jeweiligen Kapazitäten sowie die Absolventenquote innerhalb der unterschiedlichen Ausbildungsformen und -gänge der sozialpädagogischen Berufsfelder?
 - d) Wie hoch ist die Abbrecherquote innerhalb der verschiedenen Ausbildungsformen und -gänge in sozialpädagogischen Berufsfeldern, und mit welchen Maßnahmen können diese gegebenenfalls verringert werden?
 - e) Wie hoch ist der prognostizierte Bedarf an Fachkräften innerhalb sozialpädagogischer Berufe in Bremen und Bremerhaven jeweils in den kommenden fünf Jahren?
2. auf Grundlage dieser Bestandsaufnahme innerhalb von weiteren sechs Monaten ein ganzheitliches Konzept zu erarbeiten und vorzulegen, das aufzeigt, welche Schritte und Maßnahmen grundsätzlich notwendig sind, um die prognostizierten Bedarf an Fachkräften innerhalb sozialpädagogischer Berufe perspektivisch abdecken zu können. Dezidiert sollen hierbei konkrete Handlungsoptionen skizziert werden, die dazu geeignet sind,
 - a) dass gezielt Alleinerziehende unterstützt und in die Lage versetzt werden, berufliche Tätigkeiten innerhalb des sozialpädagogischen Berufsfeldes aufnehmen zu können;
 - b) mehr Personen mit im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen innerhalb des sozialpädagogischen Berufsfeldes Tätigkeiten aufnehmen können. Notwendige Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen,

besonders auch zur Verbesserung der deutschen Sprachfertigkeiten dieser Personen, sind unbedingt mit zu berücksichtigen.

Sandra Ahrens, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU